

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition; Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigensatz: Die einseitige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 535. Fernsprecher: Dönhof 202 bis 207

Probleme Ost-Deutschlands.

Minister Grzesinski in Oberschlesien.

Heute vormittag um 11 Uhr erfolgte in Oppeln die Einführung des neuen Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien Dr. Lukaschek durch eine Ansprache des Preussischen Ministers des Innern, Grzesinski, vor den Beamten des Ober- und Regierungspräsidiums. Die Rede befaßte sich mit zahlreichen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung sowie mit dem Problem Oberschlesien im besonderen. Unter anderem hob der Minister die Bedeutung der Minderheitsfragen hervor.

Ich kann und will im Rahmen meiner Ausführungen heute hinweisen auf ein Problem, das in der Provinz Oberschlesien eine besondere Rolle gespielt hat und das in Oberschlesien vorbildlich gelöst und für das übrige Preußen vorbildlich geworden ist. Ich meine die Minderheitsbehandlung und

die Frage der Minderheitsschulen.

Oberpräsident Prose habe das Genfer Abkommen in voller Übereinstimmung mit der Preussischen Staatsregierung nicht nur dem Buchstaben nach erfüllt, sondern in jeder Weise seine Arbeit darauf gerichtet, die polnische Minderheit in Deutsch-Oberschlesien vor jeder auch nur scheinbaren Unterdrückung zu bewahren. Wir können nur wünschen, daß auch auf der anderen Seite der Grenze die Minderheiten ebenso behandelt werden. Es sei erreicht, daß die polnische Minderheit in Oberschlesien sich als polnischer Volksteil sich im preussischen Oberschlesien wohlfühlt und trotz sprachlicher und kultureller Verschiedenheit sich immer mehr und wieder als Bestandteil des preussischen und deutschen Staates fühlt. Das haben auch gerade die Wahlen im Mai des vergangenen Jahres bewiesen.

So fuhr der Minister, indem er den neuen Oberpräsidenten Dr. Lukaschek begrüßte, fort, trotzdem schon eine Menge getan ist, noch genügend zu tun übrig. Denn gerade in dieser Provinz hat sich die Grenzziehung als Folge des Vertrages von Versailles besonders schmerzhaft ausgewirkt. Mitten durch ein ausblühendes, einheitliches Wirtschaftsgebiet zieht sich heute die Auslandsgränze, die Zusammengehöriges auseinanderreißt, natürliche Verbindungen zerschneidet und vom Hinterlande loslöst. Das Abgabebereich des früheren Schlesiens ist heute eines fremden Staates geworden, durch Zollschranken von dem Produktionsgebiet abgetrennt. Nicht nur die Industrie Oberschlesiens, sondern auch seine Landwirtschaft ist dadurch schwer betroffen. Es gilt nun für Oberschlesiens Wirtschaft und Landwirtschaft

neue Abgabebiete zu schaffen.

Viel ist schon im Laufe der letzten Jahre für den Wiederaufbau Oberschlesiens von der preussischen Staatsregierung in Verbindung mit der Reichsregierung unter der selbstverständlichen Mitwirkung der Provinz- und der Kommunalverbände getan worden. Aber alle Hilfsmassnahmen finden ihre Grenzen in der durch die allgemeine Kollage des Staates bedingten Beschränkung der Mittel.

Ich habe auch hier in Oberschlesien schon wie an anderen Stellen immer wieder betont, daß Oberschlesiens Not nur behoben werden kann, wenn man systematisch die Folgen des Krieges im gesamten Osten planmäßig bekämpft. Denn

der gesamte deutsche Osten ist ja durch die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenhänge zerschneidende neue Grenzziehung betroffen.

Man konnte mit Fug und Recht den deutschen Osten vor dem Krieg als ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet ansehen, dessen Produktion im Osten seine natürlichen Absatzgebiete hatte. Die Folgen des Krieges haben all das zerstört, haben natürliche Verbindungsstrahlen unterbrochen, haben nicht nur kulturelle und politische Zusammenhänge zerrissen, sondern auch durch die wirtschaftlichen Umwälzungen in Deutschland den innerdeutschen Wirtschaftsmarkt für den Osten zum Teil versperrt und nur schwer zugänglich gemacht. Erschwerend kommt hinzu, daß schon in Vorkriegszeiten der deutsche Osten kulturell und wirtschaftlich zu kämpfen hatte, nicht zuletzt deshalb, weil im Vorkriegsdeutschland manches vernachlässigt wurde, was bei den vorhandenen Mitteln wohl hätte geleistet werden können.

Sie wissen, daß die preussische Staatsregierung seit Jahren bemüht ist, den Osten und dabei natürlich auch besonders Oberschlesien zu betreten. Für all das, was direkt auf die Folgen des verlorenen Krieges zurückzuführen ist, muß nach Lage der Dinge zunächst einmal das Reich, das ist die Gesamtheit Deutschlands, einspringen. Denn für die unmittelbaren Kriegsfolgen darf natürlich nicht allein der so schwer betroffene Osten leiden, hier heißt es selbstverständlich: Alles für einen! Aber über

diese Maßnahmen des Reiches hinaus wird Preußen sich mit allen verfügbaren Mitteln dafür einsetzen, daß dem Osten beim Wiederaufbau seiner Wirtschaft geholfen wird. Und wenn sich im steigenden Maße die Politik und Wirtschaft die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß im Interesse Deutschlands

der Osten nicht verloren gehen darf.

so ist das nicht zuletzt dem Wirken der preussischen Staatsregierung und der preussischen Verwaltungsbehörden zu danken. Hand in Hand mit den Maßnahmen des Reiches als Ersatz für die Schäden mit den Maßnahmen, die Preußen aus eigenem darüber hinaus

trifft, muß aber gehen die Selbsthilfe der Wirtschaft und der Kommunen, ohne die jede Unterstützung fruchtlos sein wird. Ich weiß, daß hier in Oberschlesien in allen Schichten der Bevölkerung der Wille zum Aufbau der Heimatprovinz stark und deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Trotz schwerster Notjahre sind überall Ansätze zu neuem Blühen, zu neuem Aufschwung vorhanden. Gewiß sind das nur Ansätze, die erst zur Hoffnung auf kommende bessere Zeiten berechtigen. Aber wo der Wille ist zu produktiver Arbeit, wo die Bereitwilligkeit vorhanden ist, auch unter schweren Opfern sich umzusetzen, da wird sich auch ein Weg finden lassen.

Brandkatastrophe in Schanghai.

300 Tote. — Ein ganzer Stadtteil niedergebrannt.

In dem gegenüber Schanghai hinter den Dockanlagen der japanischen Schiffsahrtsgesellschaft Nippon Yusen Kaisha liegenden Stadtteil Pootong wurden durch eine ungeheure Feuerbrunst sämtliche Häuser und Gärten im Umkreis einer englischen Quadratmeile vollkommen zerstört. Etwa 300 Menschenopfer sollen zu beklagen sein. Viele Personen kamen dabei ums Leben, als sie unter der Asche nach ihren Angehörigen und Habseligkeiten suchten. Der Feuerwehr, die durch Militär unterstützt wurde, gelang es, ein Uebergreifen des Feuers auf die Dockanlagen selbst zu verhindern.

Tropenhitze in New York.

In Berlin neuer Temperatursturz zu erwarten.

Der Osten der Vereinigten Staaten von Amerika ist von einer Hitzewelle überrascht worden, die zu der für den April anormalen Temperatur von + 38 Grad Celsius führte.

New York hat seit gestern ein Wetter, das alle Frühjahrsrekorde hinter sich läßt. Coney Island ist überfüllt. Bis in die

späte Nacht hinein suchten Tausende in den großen Anlagen und Parks Erfrischung.

Ganz im Gegensatz zu Amerika, wo zurzeit hochsommerliche Temperaturen herrschen, ist für den europäischen Kontinent wieder mit starker Abkühlung zu rechnen. Über Westeuropa lagert ein weitverbreitetes mächtiges Hochdruckgebiet, das sich von den Azoren bis nach Island erstreckt. Auf der Ostseite dieses Hochs wehen heftige nördliche Winde, die kalte Luftmassen mit sich führen. Der Luftstrom hat bereits heute früh die ganze Nordseeküste erreicht. Die Folge sind ergiebige Regenfälle und Sinken der Temperaturen. Auch in Berlin hat in der vergangenen Nacht schon eine starke Regelfrühung eingesetzt. Das Regengebiet rückt aus Norddeutschland langsam nach Süden vor. Wie der Klimatische Wetterdienst mitteilt, ist daher heute abend bzw. in der kommenden Nacht bei sinkenden Temperaturen mit Regen zu rechnen. Für die nächsten Tage wird gleichfalls unfreundliches und regnerisches Wetter vorausgesagt.

Bemerkenswert ist, daß in der letzten Nacht Pommern und Ostpreußen noch 5 Grad Kälte hatten. In Berlin wurden heute mittag 9 Grad Wärme gemessen.

Todesprung eines Bierzehnjährigen.

Aus noch unbekanntem Grund stürzte sich heute mittag der 14jährige Max L. aus dem im 5. Stockwerk gelegenen Fenster des Seltenslägels Finowstraße 29 auf den Hof hinab. Der Junge wurde in hoffnungslosem Zustande ins Lichterberger Hubertus-Krankenhaus gebracht.

Ein revoltierender General.

Er droht dem Kriegsminister mit einem Prätorianeraufstand.

Paris, 9. April. (Eigenbericht.)

Der französische General Nogues hat einen drohenden Brief an den Kriegsminister Painlevé gerichtet, worin er ihm mit einem Prätorianeraufstand droht.

„Die Armee, schreibt der General, ist in der Kammer mit Verleumdungen überschüttet worden. Man kann und darf aber nicht auf der Ehre der Armee herumtreten, ohne Widerstand hervorzurufen. Schon jetzt geht die Parole herum, daß die Armee sich selbst helfen müsse. Sollen wir es denn wirklich den Lehrern und Postbeamten nachahmen, deren Gewerkschaften zwar vollkommen geschlossen sind, trotzdem aber stillschweigend geduldet werden. Die Armee murren, schreibt der General weiter und schließt in drohend prophetischen Tönen: Die Armee ist entschlossen, sich selbst zu verteidigen, weil die lächerlich schwachen Befehle nicht genügenden Schutz bieten. Klammern Sie sich um die Armee, Herr Minister, die Armee ist unzufrieden, sonst geraten Republik und Nation in die schwerste Gefahr.“

Letztes Argument.



„Und dann heißt mein Mandant Langlopp. Schon der Name deutet auf langschädliche Edelkrasse, es war also eine echtdeutsche, eine völkische Tat...“

